

AMTSBLATT

für den

LANDKREIS HILDESHEIM



2019

Herausgegeben in Hildesheim am 02. Januar 2019

Nr. 1

Inhalt	Seite
04.12.2018 - 1. Nachtragshaushaltssatzung und Verkündung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Sibbesse für das Haushaltsjahr 2018	2
13.12.2018 - 1. Nachtragshaushaltssatzung und Verkündung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Diekholzen für das Haushaltsjahr 2018	5
04.12.2018 - Haushaltssatzung und Verkündung der Haushaltssatzung der Gemeinde Sibbesse für das Haushaltsjahr 2019	7
18.12.2018 - Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Nordstemmen	10
21.12.2018 - Korrektur zum Amtsblatt Nr. 51 vom 21. Dezember 2018	15

Impressum

Herausgeber:

Druck:

E-Mail:

Ansprechpartnerin:

Landkreis Hildesheim, Dezernat II, Bischof-Janssen-Straße 31, 31132 Hildesheim

Druckerei des Landkreises Hildesheim

amtsblatt@landkreishildesheim.de

Frau Käsler, 101 - Personal-, Organisations- u. Hauptamt, Tel. (0 51 21) 309-1471, E-Mail: petra.kaesler@landkreishildesheim.de

Frau Hoffmann, 101 - Personal-, Organisations- u. Hauptamt, Tel. (0 51 21) 309-1311, E-Mail: petra.hoffmann@landkreishildesheim.de

1. NACHTRAGSHAUSHALTSSATZUNG

der
Gemeinde Sibbesse
für das Haushaltsjahr
2018

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Sibbesse in der Sitzung am 04.12.2018 folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	Erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge festgesetzt auf - Euro -
1	2	3	4	5
Ergebnishaushalt				
ordentliche Erträge	9.015.100,00	563.400,00	137.400,00	9.441.100,00
ordentliche Aufwendungen	9.005.700,00	313.900,00	31.000,00	9.288.600,00
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Aufwendungen	0,00	22.500,00	0,00	22.500,00
Finanzhaushalt				
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.310.300,00	495.800,00	137.400,00	8.668.700,00
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.021.900,00	278.200,00	22.200,00	8.277.900,00
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	433.600,00	63.500,00	0,00	497.100,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.559.800,00	77.500,00	14.000,00	1.623.300,00
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.122.400,00	0,00	0,00	1.122.400,00
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	292.800,00	2.500,00	0,00	295.300,00
Nachrichtlich:				
Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushalts	9.866.300,00	559.300,00	137.400,00	10.288.200,00
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushalts	9.874.500,00	358.200,00	36.200,00	10.196.500,00

§ 2

Die Höhe der bisher vorgesehenen Kreditermächtigung wird nicht geändert.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite in Höhe von 1.350.000 € bean-
sprucht werden dürfen, bleibt unverändert.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

§ 6

Die Beträge, über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117
Abs. 1 Satz 2 NKomVG zuzustimmen, werden nicht verändert.

Gemeinde Sibbesse, den 04.12.2018



(Amft)

Bürgermeister

Verkündung der Nachtragshaushaltssatzung 2018

Die vorstehende Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Sibbesse für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit verkündet.

Die nach dem § 120 Abs. 2 NKomVG erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Hildesheim am 19.12.2018 unter Az.: (910) 14/10 erteilt worden.

Der Nachtragshaushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 i.V.m. § 115 Abs. 1 NKomVG

vom **03.01.2019** bis **11.01.2019**

zur Einsichtnahme während der Dienststunden in der

**Gemeindeverwaltung Sibbesse
Lindenhof 1
31079 Sibbesse**

öffentlich aus.

Sibbesse, den 21.12.2018
Ort, Datum

**Gemeinde Sibbesse
Der Bürgermeister**

1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Diekholzen für das Haushaltsjahr 2018 und Verkündung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Diekholzen in der Sitzung am 13.12.2018 folgende I. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge festgesetzt auf
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5
Ergebnishaushalt				
ordentliche Erträge	10.384.000	239.300	-	10.623.300
ordentliche Aufwendungen	10.629.400	-	14.400	10.615.000
außerordentliche Erträge	-	-	-	-
außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
Finanzhaushalt				
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.757.300	239.300	-	9.996.600
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.614.600	-	14.400	9.599.900
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	136.700	97.600	-	234.300
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	755.200	295.200	-	1.050.400
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	-	-	-	-
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	75.000	-	-	75.000
Nachrichtlich:				
Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushalts	9.894.000	336.900	-	10.230.900
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushalts	10.444.500	280.800	-	10.725.300

§ 2

Die Höhe der bisher vorgesehenen Kreditermächtigung wird nicht geändert.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht geändert.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

§ 6

Die Befugnisse der Bürgermeisterin, über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zuzustimmen, werden nicht verändert.

Diekholzen, den 13.12.2018



Diechhoff-Hilber

Bürgermeisterin

Verkündung der Nachtragshaushaltssatzung 2018

Die vorstehende Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Diekholzen für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit verkündet.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Nachtragshaushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 i.V.m. § 115 Abs. 1 NKomVG

vom **03.01.2019** bis **11.01.2019** zur

Einsichtnahme während der Dienststunden im

Rathaus der Gemeinde Diekholzen,
Alfelder Str. 5, Zimmer-Nr. OG 06,
31199 Diekholzen

öffentlich aus.

Diekholzen, 21.12.2018
Ort, Datum

Gemeinde Diekholzen
Die Bürgermeisterin

Haushaltssatzung

der
Gemeinde Sibbesse
für das Haushaltsjahr
2019

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Sibbesse in der Sitzung am 04.12.2018 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird

1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	9.249.900,00 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	9.223.400,00 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0,00 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 Euro

2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.492.700,00 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.287.000,00 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	157.000,00 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	273.200,00 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	112.000,00 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	308.700,00 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	8.761.700,00 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	8.868.900,00 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 112.000,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2019 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.400.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)

380 v. H.

1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)

380 v. H.

2. Gewerbesteuer

380 v. H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einem Betrag von 5.000,00 € sind unerheblich im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 (NKomVG)

Sibbesse, den 04.12.2018




.....
(Amft)
Bürgermeister

Verkündung der Haushaltssatzung 2019

Die vorstehende Haushaltssatzung der Gemeinde Sibbesse für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit verkündet.

Die nach § 120 Abs. 2 NKomVG erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Hildesheim am 20.12.2018 unter Az.: (910) 14/10 erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG

vom 03.01.2019 bis 11.01.2019 zur

Einsichtnahme während der Dienststunden in der

**Gemeindeverwaltung Sibbesse
Lindenhof 1
31079 Sibbesse**

öffentlich aus.

Sibbesse, den 21.12.2018
Ort, Datum

**Gemeinde Sibbesse
Der Bürgermeister**

Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Nordstemmen

Aufgrund der §§ 10, 58 Abs. 1 Nr. 5 und 111 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. d. F. vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.02.2018 (Nds. GVBl. S. 22) und der §§ 1, 2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i. d. F. vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121) hat der Rat der Gemeinde Nordstemmen in seiner Sitzung am 18.12.2018 folgende Neufassung der Vergnügungssteuersatzung beschlossen:

§ 1

Steuererhebung, Steuergegenstand

(1) Die Gemeinde Nordstemmen erhebt eine Vergnügungssteuer. Gegenstand dieser Steuer ist der Betrieb von Spielgeräten.

(2) Spielgeräte nach dieser Satzung sind alle:

1. Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräte,
2. einschließlich der Geräte zur Ausspielung von Geld oder Gegenständen,
 - a. in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 33 i Gewerbeordnung (GewO)
 - b. sowie in Gaststätten, Beherbergungsbetrieben, Vereinsräumen, Kantinen und anderen Orten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

§ 2

Steuerfreiheit

(1) Steuerfrei ist die entgeltliche Benutzung

1. von Spielgeräten auf Jahrmärkten, Volksfesten oder ähnlichen Veranstaltungen,
2. von Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit, die nach ihrer Bauart ausschließlich zur Benutzung durch Kleinkinder bestimmt oder geeignet sind.

(2) Steuerfrei ist der Betrieb von Spielgeräten in Einrichtungen, die der Spielbankabgabe unterliegen.

(3) Steuerfrei sind auch Geräte für die Musikwiedergabe (Musikautomaten).

§ 3

Steuerpflichtiger

(1) Steuerpflichtig ist die Betreiberin/der Betreiber des Spielgerätes, Betreiberin/Betreiber ist diejenige/derjenige, der/dem die Einnahmen zufließen.

(2) Steuerpflichtig sind auch

1. die Besitzerin/der Besitzer der Räumlichkeiten, in denen die Spielgeräte aufgestellt sind, wenn sie/er an den Einnahmen oder dem Ertrag aus dem Betrieb des Spielgerätes beteiligt ist oder für die Gestattung der Aufstellung ein Entgelt erhält und

2. die wirtschaftliche Eigentümerin/der wirtschaftliche Eigentümer der Spielgeräte.

(3) Mehrere Steuerschuldner sind Gesamtschuldner i.S. des § 44 Abgabenordnung (AO) i.V.m. § 11 Abs. 1 Nr. 2b NKAG

§ 4

Bemessungsgrundlage

(1) Für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit bestimmt sich die Steuer nach dem einmal monatlich abzulesenden Einspielergebnis. Als Einspielergebnis gilt die durch manipulationssichere Zählwerke auszulesende Bruttokasse. Sie errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse (inkl. der Veränderungen der Röhreninhalte) abzüglich Nachfüllungen, Falschgeld und Fehlgeld.

Spielgeräte mit manipulationssicheren Zählwerken sind Geräte, deren Software die Dateien lückenlos und fortlaufend aufzeichnen (wie zum Beispiel Aufstellort, Gerätenummer, Geräteiname, Zulassungsnummer, fortlaufender Nummer des jeweiligen Ausdrucks, Datum der letzten Kassierung, elektronisch gezählte Kasse, Röhreninhalte, Auszahlungsquoten, tägliche Betriebsstunden, tägliche Spielzeiten am Gerät, Anzahl der entgeltpflichtigen Spiele, Freispiele usw.).

(2) Bei negativem Einspielergebnis eines Gerätes im Kalendermonat wird die Mindeststeuer nach § 7 erhoben.

(3) Für alle übrigen Spielgeräte im Sinne von § 1 Abs. 1 wird die Steuer als Pauschalsteuer nach § 7 Abs. 2 erhoben.

(4) Hat ein Spielgerät mehrere Spiel-, Geschicklichkeits- oder Unterhaltungseinrichtungen, die unabhängig voneinander und zeitgleich ganz oder teilweise nebeneinander bespielt werden können, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Spielgerät.

(5) Der/Die Steuerschuldner/in hat alle Unterlagen, aus denen die Bemessungsunterlagen hervorgehen, entsprechend den Bestimmungen des § 147 Abgabenordnung (AO) aufzubewahren.

§ 5

Beginn und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Steuerpflicht beginnt mit der Inbetriebnahme eines Spielgerätes an einem der in § 1 Abs. 1 genannten Aufstellungsorte.

(2) Die Steuerpflicht endet, wenn das Spielgerät endgültig außer Betrieb gesetzt wird.

(3) Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalendermonats, so ist dieser bei Spielgeräten, die nach § 6 Abs. 2 zu besteuern sind, mitzurechnen.

§ 6

Entstehung und Fälligkeit der Steuerschuld

(1) Die Steuer wird als Monatssteuer festgesetzt und erhoben. Die Steuerschuld entsteht mit Ablauf jedes Kalendermonats und wird am 10. Tag des folgenden Kalendermonats fällig.

(2) In den Fällen des § 8 Abs. 2 ist die Steuerschuld eine Woche nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig.

§ 7

Steuersätze

(1) Bei der Besteuerung nach dem Spieleinsatz (§ 4 Abs. 1) des jeweiligen Kalendermonats beträgt die Steuer 15 v. H. der Bruttokasse (§ 4 Abs. 1) vom Spieleinsatz, mindestens jedoch 40,00 Euro.

(2) Die für Spielgeräte nach § 4 Abs. 3 (Geräte ohne Gewinnmöglichkeit) festzusetzende Pauschalsteuer beträgt

1. in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen i. S. v. § 33 GewO 31,00 Euro je Gerät und angefangenem Kalendermonat,
2. an anderen Aufstellungsorten 21,00 Euro je Gerät und angefangenem Kalendermonat.

(3) Bei Spielgeräten, mit denen Gewalttätigkeit gegen Menschen und/oder Tiere dargestellt wird oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder die Würde des Menschen verletzende Darstellungen zum Gegenstand haben, beträgt die Pauschalsteuer 256,00 Euro je Gerät und angefangenem Kalendermonat, unabhängig vom Aufstellungsort.

§ 8

Besteuerungsverfahren

(1) Der/die Steuerschuldner/in hat für Spielgeräte nach § 4 Abs. 1 bis zum 10. Tag nach Ablauf eines Kalendermonats (Steueranmeldezeitraum) eine Steuererklärung auf einem von der Gemeinde Nordstemmen vorgeschriebenem Vordruck abzugeben und die Steuer selbst zu berechnen. Diese Steuererklärung wirkt als Steueranmeldung i. S. des § 150 Abs. 1 Satz 3 der Abgabenordnung (AO).

(2) In den Fällen der Besteuerung von Geräten nach § 4 Abs. 3 ist die Steuererklärung bis zum 10. Tag nach Ablauf eines Kalendermonats der Gemeinde Nordstemmen formlos abzugeben. Die Gemeinde Nordstemmen setzt die Steuer durch schriftlichen Bescheid fest. Im Bescheid kann bestimmt sein, dass er auch für zukünftige Zeitabschnitte gilt, wenn sich die Berechnungsgrundlagen und der Steuerbetrag nicht ändern. Bei Änderung der Besteuerungsgrundlagen muss eine berichtigende Steuererklärung erfolgen, worauf hin die monatlich zu entrichtende Steuer neu festgesetzt wird.

(3) Gibt der/die Steuerschuldner/in die Steuererklärung nicht, nicht rechtzeitig oder unvollständig ab oder hat er/sie die Steuern nicht richtig berechnet, so wird die Steuer durch Bescheid festgesetzt. Dabei ist die Gemeinde Nordstemmen berechtigt, die Besteuerungsgrundlagen zu schätzen (§ 162 AO). Bei verspäteter Abgabe wird ein Verspätungszuschlag (§ 152 AO) festgesetzt.

§ 9

Anzeigepflichten

(1) Die Betreiberin/der Betreiber hat die erstmalige Inbetriebnahme eines Spielgerätes (§ 1 Abs. 1) hinsichtlich seiner Art und der Anzahl der Spielgeräte an einem Aufstellungsort bis zum 10. Tag

des folgenden Kalendermonats anzuzeigen. Die Anzeige muss die Bezeichnung des Spielgerätes (Geräteart, Gerätenamen), den Aufstellungsort, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme und bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit zusätzlich die Zulassungsnummer enthalten.

(2) Die Anzeigepflichten nach Absatz 1 gelten auch bei jeder den Spielbetrieb betreffenden Veränderung und der Außerbetriebnahme von Spielgeräten. Für Geräte gemäß § 4 Abs. 3 gilt bei nicht rechtzeitiger Abmeldung als Tag der Außerbetriebnahme der Tag der Anzeige. Bei Austausch durch ein gleichartiges Gerät gilt das ersetzte Gerät als weitergeführt.

§ 10

Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

(1) Die Gemeinde Nordstemmen ist berechtigt, zur Nachprüfung der Steueranmeldung (Steuererklärung) und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Aufstellungsorte zu betreten, Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerksausdrucke (§ 4 Abs. 5) zu verlangen.

(2) Außenprüfungen nach § 193 ff. AO bleiben vorbehalten.

(3) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, bei der Überprüfung und der Außenprüfung dem/der von der Gemeinde Nordstemmen Beauftragten unentgeltlichen Zutritt zu den Veranstaltungs- und Geschäftsräumen zu gestatten, alle für die Besteuerung bedeutsamen Auskünfte zu erteilen, sowie Räumlichkeiten, Zählwerksausdrucke und Geschäftsunterlagen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, zugänglich zu machen.

§ 11

Datenverarbeitung

(1) Die zur Ermittlung der Steuerpflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Vergnügungssteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Gemeinde Nordstemmen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 10 Abs. 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) i. V. mit § 11 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Die Datenerhebung beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Stellen erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1 Satz 3 AO).

(2) Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuererhebung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabenverfahrens, das denselben Abgabepflichtigen betrifft, verarbeitet werden. Zur Kontrolle der Verarbeitung sind technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach § 7 Abs. 2 NDSG getroffen worden.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

(1) Verstöße gegen §§ 8, 9 und 10 dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 € geahndet werden.

§ 13

Übergangsvorschriften

(1) Soweit Spielgeräte am Tag des Inkrafttretens dieser Satzung bereits aufgestellt waren, beginnt die Steuerpflicht nach § 4 dieser Satzung mit Inkrafttreten dieser Satzung.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Satzung aufgestellte Spielgeräte sind innerhalb eines Monats nach diesem Zeitpunkt der Gemeinde Nordstemmen schriftlich anzuzeigen. Im Übrigen gilt § 8 Abs. 2 dieser Satzung entsprechend.

§ 14

Inkrafttreten

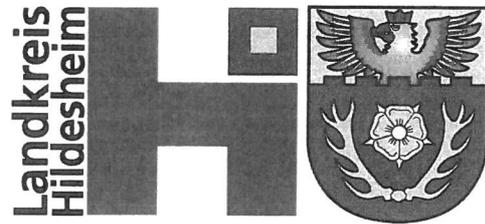
Diese Satzung tritt zum 01.01.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für den Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten sowie – automaten (Spielgerätesteuern) vom 01.01.2008 außer Kraft.

Nordstemmen, 18.12.2018



Der Bürgermeister
Norbert Pallentin





Der Landrat

Bischof-Janssen-Straße 31, 31132 Hildesheim

Durchwahl: 05121 309-1471

Aktenzeichen:

Datum: 21.12.2018

Korrektur zum Amtsblatt Nr. 51 vom 21. Dezember 2018

Im Inhaltsverzeichnis des vorgenannten Amtsblattes muss es heißen:

„Haushaltssatzung und Verkündung der Haushaltssatzung der Gemeinde Harsum für das Haushaltsjahr **2019**“